

NIEDERSCHRIFT

**über die öffentliche/nicht öffentliche Sitzung des Hauptausschusses der
Stadt Lüdenscheid**

am 19.03.2018

im Ratssaal

Anwesend:

Vorsitz des Hauptausschusses:

Bürgermeister Dieter Dzewas

von der SPD-Fraktion:

Ratsherr Rolf Breucker

Ratsherr Gordan Dudas MdL

Ratsherr Jan Eggermann

Ratsherr Lothar Hellwig

Ratsfrau Karin Hertes

Ratsfrau Nicole Schulte

Erste Stellvertretende Bürgermeisterin

Verena Szermerski-Kasperek

Ratsherr Jens Voß

Vertretung für Ratsfrau Ramona Ullrich

von der CDU-Fraktion:

Ratsherr Norbert Adam

Ratsherr Oliver Fröhling

Ratsfrau Susanne Mewes

Ratsherr Michael Meyer

Ratsfrau Elisabeth Siebensohn

Zweiter Stellvertretender Bürgermeister Björn Weiß

Vertretung für Ratsfrau Britta Rogalske

Vertretung für Ratsfrau Ursula Meyer

von der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen:

Ratsherr Otto Bodenheimer

Ratsfrau Tanja Tschöke

Vertretung für Ratsherrn Jürgen Appelt

von der FDP-Fraktion:

Ratsherr Jens Holzrichter

von der Fraktion DIE LINKE.

Ratsherr Michael Thomas-Lienkämper

von der Fraktion Alternative für Lüdenscheid:

Ratsherr Peter Oettinghaus

Ausschussmitglieder mit beratender Stimme:

Ratsherr Stephan Haase

Verwaltung:

Erster Beigeordneter und Stadtkämmerer
Dr. Karl Heinz Blasweiler

Beigeordneter Thomas Ruschin
Herr Martin Bärwolf
Herr Matthias Reuver
Frau Petra Noack
Frau Dr. Anja Gräve

anwesend ab 18:22 Uhr

anwesend bis einschließlich
Tagesordnungspunkt 4 der öffentlichen
Sitzung

Herr Holger Moeser

Schriftführung:

Frau Kerstin Marré

Abwesend:

von der SPD-Fraktion:

Ratsfrau Ramona Ullrich

von der CDU-Fraktion:

Ratsfrau Ursula Meyer
Ratsfrau Britta Rogalske

von der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen:

Ratsherr Jürgen Appelt

Beginn: 17:05 Uhr
Ende: 18:30 Uhr

1. Öffentliche Fragestunde

Es liegen keine schriftlichen Anfragen aus der Bürgerschaft vor.

**2. Überprüfung der befristeten Planstellen zur Unterbringung, Betreuung und Integration von Flüchtlingen bzw. Asylsuchenden
Vorlage: 044/2018**

Der Hauptausschuss nimmt die dargestellte Vorgehensweise zur Kenntnis.

**3. Verabschiedung einer Richtlinie für den Abschluss und die Abwicklung von Finanzgeschäften
Vorlage: 043/2018**

Der Hauptausschuss empfiehlt einstimmig folgenden

Beschluss:

1. Die dieser Beschlussvorlage beigefügte Richtlinie der Stadt Lüdenscheid für den Abschluss und die Abwicklung von Finanzgeschäften wird beschlossen.
2. Das in den Versorgungsfonds der Kommunalen Versorgungskasse Westfalen-Lippe eingebrachte Kapital der Stadt Lüdenscheid wird dort belassen.

Abstimmungsergebnis:

Ja-Stimmen: 20

**4. Glücksspielstaatsvertrag
Vorlage: 045/2018**

Der Hauptausschuss der Stadt Lüdenscheid fasst einstimmig folgenden

Beschluss:

Die Verwaltung wird ermächtigt Verhandlungen mit den Spielhallenbetreibern aufzunehmen, mit dem Ziel einvernehmliche Abschmelzungskonzepte zu vereinbaren.

Abstimmungsergebnis:

Ja-Stimmen: 20

**5. Präventiv sozialräumliche Maßnahme vom Stadtjugendring Lüdenscheid e. V. (Jugendkulturbüro) im Rahmen des integrierten Handlungskonzepts Altstadt
Vorlage: 026/2018**

Der Hauptausschuss der Stadt Lüdenscheid empfiehlt einstimmig nachstehenden

Beschluss:

Die Verwaltung wird beauftragt, mit dem Stadtjugendring Lüdenscheid e. V. als Träger des Jugendkulturbüros eine Zusatzvereinbarung zunächst für die Laufzeit vom 01.05.2018 – 31.12.2019 für eine präventiv sozialräumliche Maßnahme im Rahmen der Umsetzung des integrierten Handlungskonzepts Altstadt abzuschließen. Die quartiersbezogene Jugend-kulturarbeit im Lüdenscheider Altstadtbereich soll mit der Maßnahme unterstützt und gefördert werden.

Abstimmungsergebnis:

Ja-Stimmen: 20

**6. Straßenbenennung einer Erschließungsstraße im Ortsteil Mozartstraße/Brahmsweg in "Amadeus-Weg"
Vorlage: 034/2018**

Der Hauptausschuss der Stadt Lüdenscheid empfiehlt bei einer Stimmenthaltung des Ratsherrn Holzrichter folgenden

Beschluss:

Die neu geplante Erschließungsstraße im Bereich des Bebauungsplanes Nr. 834 „Mozartstraße/Brahmsweg“ wird als „Amadeus-Weg“ benannt.

Abstimmungsergebnis:

Ja-Stimmen: 19
Enthaltungen: 1

7. Antrag der SPD-Fraktion; Zukunft des Kulturhauses

Nach Vortrag durch Ratsherrn Voß zu dem Antrag der SPD-Fraktion teilt Ratsherr Fröhling mit, dass die CDU-Fraktion die Einrichtung eines Begleitgremiums zur Entwicklung des Kulturhauses nicht für erforderlich ansehe. Viele der in dem Antrag aufgeführten Punkte seien bereits diskutiert und teilweise auf den Weg gebracht worden. In diesem Zusammenhang verweise er auch auf die umfangreiche schriftliche Anfrage der CDU-Fraktion für die heutige Sitzung. Darüber hinaus sei die CDU-Fraktion der Auffassung, dass es sich bei den in dem Antrag genannten Punkten um originäre Aufgaben der Verwaltung handele.

Zur weiteren Vorgehensweise schlage die CDU-Fraktion vor, den Antrag der SPD-Fraktion zu vertagen, damit nach erfolgter Beantwortung der Anfrage der CDU-Fraktion zunächst eine erneute Beratung in den Fraktionen stattfinden könne. Darüber hinaus solle dieser Antrag an den zuständigen Fachausschuss verwiesen werden.

Bei einer heutigen Abstimmung würde die CDU-Fraktion gegen den Antrag stimmen.

Im Anschluss teilt Ratsherr Oettinghaus mit, dass er ebenfalls die Auffassung vertrete, dass ein Begleitgremium nicht notwendig sei, da es sich hierbei um originäre Aufgaben der Verwaltung beziehungsweise des Kulturausschusses handele.

Ratsherr Breucker weist darauf hin, dass – wie auch von Ratsherrn Fröhling dargestellt - es sich um umfangreiche Informationen handele, die bewertet werden müssten. Seiner Auffassung nach sei der Kulturausschuss ein zu großes Gremium, um sich in diese umfassenden Informationen intensiv einarbeiten zu können. In diesem Zusammenhang wolle er auf das bestehende Begleitgremium für die Erneuerung der Dauerausstellung des Museums hinweisen, dessen Aufgaben vom Kulturausschuss auch nicht leistbar seien. Das Begleitgremium zur Entwicklung des Kulturhauses solle als Unterausschuss angesehen werden, der eng mit dem Kulturausschuss verbunden werden müsse. Er halte die Einrichtung eines Begleitgremiums für dringend erforderlich.

Ratsherr Adam, Vorsitzender des Kulturausschusses, bezieht sich auf das von Ratsherrn Breucker angesprochene Begleitgremium für die Erneuerung der Dauerausstellung des Museums. Hierbei handele es sich lediglich um ein einziges Thema. Die in dem Antrag aufgeführten Punkte gehörten in den Kulturausschuss und nicht in einen hierfür gebildeten Unterausschuss.

Ratsherr Thomas-Lienkämper teilt unter anderem mit, dass er sich dem Antrag der SPD-Fraktion anschließen könne.

Ratsherr Bodenheimer führt aus, dass er den SPD-Antrag ebenfalls unterstütze. Er spreche sich aber dafür aus, den Vorschlag der CDU-Fraktion aufzugreifen und den Antrag bis zur erfolgten Beantwortung zurückzustellen, um diese dann in die erneute Beratung in den

Fraktionen mit einbeziehen zu können.

Abschließend teilt Ratsherr Voß mit, dass die SPD-Fraktion den Antrag zurückstellen würde. Der Antrag werde dann in der Sitzung des Rates am 16.04.2018 zur Abstimmung gebracht.

8. Antrag der SPD-Fraktion sowie Änderungsantrag der CDU-Fraktion zum Antrag der SPD-Fraktion; Gemeinsame inhaltliche Kulturarbeit

Ratsherr Voß führt zunächst die Gründe aus, die zur Antragstellung durch die SPD-Fraktion geführt hätten.

Anschließend geht er auf den Änderungsantrag der CDU-Fraktion ein.

Mit den vorgeschlagenen *Ergänzungen*

„Weitere Kulturschaffende der Stadt sollen ebenfalls mit eingebunden werden“

„Entsprechende Mittel zur Durchführung, deren Höhe noch näher zu spezifizieren sind, sind in den Haushaltsplan für das Jahr 2019 einzustellen“

sei die SPD-Fraktion einverstanden.

Er ginge aber davon aus, dass keine zusätzlichen Mittel über das vorhandene Budget hinaus bereitgestellt werden müssten.

Ebenfalls einverstanden sei man mit den Umformulierungen in folgendem Satz:

„Für das Jahr 2019 **schlagen** wir vor, im ersten Quartal – ein Jahrhundert nach der ersten deutschlandweiten Wahl mit Frauenwahlrecht – eine Themenwoche zum Thema „Frauenrechte und Frauen in Lüdenscheid“ **stattfinden zu lassen**.

Die Formulierung aus dem SPD-Antrag in dem Satz

„Zu den Themen der darauf folgenden Jahre soll der Fachdienst Kulturmanagement nach Rücksprache mit den Einrichtungsleitungen dem Kulturausschuss **Vorschläge unter-breiten**.“

solle bestehen bleiben.

Hier solle nicht nur – wie in dem Änderungsantrag der CDU-Fraktion formuliert – regelmäßig berichtet werden, sondern der Kulturausschuss sollte Beschlüsse über die entsprechenden vorgeschlagenen Themen der Verwaltung und der Einrichtungsleitungen fassen und in den Prozess eingebunden werden.

Im Anschluss spricht sich Ratsherr Holzrichter für den Änderungsantrag der CDU-Fraktion aus. Er schläge vor, den Satz „Entsprechende Mittel zur Durchführung, deren Höhe noch näher zu spezifizieren sind, sind in den Haushaltsplan für das Jahr 2019 einzustellen“ wie folgt umzuformulieren:

„Entsprechende Mittel zur Durchführung sind innerhalb des Kulturetats bereit zu stellen.“

Damit sei sichergestellt, dass keine Mehrkosten anfallen würden und es sich nicht nur um das Haushaltsjahr 2019 handeln würde.

Zweiter Stellvertretender Bürgermeister Weiß weist darauf hin, dass dem Kulturausschuss zwar das Programm des Kulturhauses vorgestellt werde, hierüber aber keine Beschlüsse gefasst würden. Der Kulturausschuss beschließe nur über die erforderlichen Mittel für das Veranstaltungsprogramm.

Ratsherr Fröhling führt aus, dass die CDU-Fraktion sich ebenfalls dafür ausspreche, dass die Kulturschaffenden enger zusammenarbeiten sollten. Auch könne die Politik Anstöße zu Themen geben. Seine Fraktion vertrete aber die Auffassung, dass die Kultur unabhängig bleiben müsse. Der Kulturausschuss sollte über jährlichen Themenreihen ab 2020 grundsätzlich keine Beschlüsse fassen.

Nach weiterer Diskussion zeichnet sich ab, dass keine Einigung hinsichtlich des Änderungsvorschlages der CDU-Fraktion zu der Formulierung des SPD-Antrages bei dem Satz:

„Zu den Themen der darauf folgenden Jahre soll der Fachdienst Kulturmanagement nach Rücksprache mit den Einrichtungsleitungen dem Kulturausschuss Vorschläge unterbreiten.“

zustande kommt.

Bürgermeister Dzewas lässt daher zunächst über die unstrittigen Punkte abstimmen:

Der Hauptausschuss der Stadt Lüdenscheid empfiehlt einstimmig folgenden

Beschluss:

Die Verwaltung wird beauftragt, eine jährlich stattfindende Themenwoche/Themenreihe zu planen, die durch Veranstaltungen in den Einrichtungen Stadtarchiv, Museum, Galerie, Kulturhaus und Stadtbücherei begleitet werden soll. Der Fachdienst Kulturmanagement soll hierbei die Verantwortung für die Durchführung tragen. Weitere Kulturschaffende der Stadt sollen ebenfalls mit eingebunden werden.

Entsprechende Mittel zur Durchführung sind innerhalb des Kulturetats bereitzustellen.

Für das Jahr 2019 schlagen wir vor, im ersten Quartal – ein Jahrhundert nach der ersten deutschlandweiten Wahl mit Frauenwahlrecht – eine Themenwoche zum Thema „Frauenrechte und Frauen in Lüdenscheid“ stattfinden zu lassen.

Abstimmungsergebnis:

Ja-Stimmen: 20

Im Anschluss lässt Bürgermeister Dzewas gesondert über den strittigen Punkt abstimmen.

Der Hauptausschuss der Stadt Lüdenscheid empfiehlt mit Stimmenmehrheit nachstehenden

Beschluss:

Zu den Themen der darauf folgenden Jahre soll der Fachdienst Kulturmanagement nach Rücksprache mit den Einrichtungsleitungen dem Kulturausschuss Vorschläge unterbreiten.

Abstimmungsergebnis:

Ja-Stimmen:	11
Nein-Stimmen:	8
Enthaltungen:	1

9. Bekanntgaben, Beantwortung von Anfragen und Anfragen

9.1. Bekanntgaben

9.1.1. Aktionstag "Autofreies Volmetal"

Bürgermeister Dzewas gibt bekannt, dass der Märkische Kreis zur Vermeidung von Terminkollisionen als möglichen Termin für den Aktionstag „Autofreies Volmetal“ den 30. Juni 2019 mitgeteilt habe. Eine Entscheidung, ob die Veranstaltung durchgeführt werde, läge aber frühestens Ende dieses Jahres vor.

9.1.2. Warnstreiks am 20.03.2018

Erster Beigeordneter und Stadtkämmerer Dr. Blasweiler bezieht sich auf den angekündigten Warnstreik am 20.03.2018. Hierzu sei eine verwaltungsinterne Umfrage durchgeführt worden.

Mit folgenden Ausfällen aufgrund der Streikmaßnahmen sei zu rechnen:

- Eine Person beim Fachdienst Recht, Öffentliche Sicherheit und Ordnung
- Eine Person beim Fachdienst Bürgeramt
- Eine Person beim Fachdienst Jugendamt – Kindertageseinrichtungen

Bei den Kindertageseinrichtungen sehe es wie folgt aus:

- Fünf Personen in der Kindertageseinrichtung Gevelndorf (Notdienst wird eingerichtet)
- Drei Personen in der Kindertageseinrichtung Oeneking (aufgrund von zusätzlichen Krankheitsausfällen werde hier ebenfalls ein Notdienst eingerichtet)
- Drei Personen in der Kindertageseinrichtung Hebbing (hier wurde ein Teil der Eltern gebeten, die Kinder zu Hause zu behalten)

9.2. Beantwortung von Anfragen

9.2.1. Beantwortung der Anfrage der SPD-Fraktion; Kulturmanagement

Die Beantwortung der Anfrage der SPD-Fraktion in der öffentlichen Sitzung des Rates am 05.03.2018 ist der Niederschrift als Anlage 1 beigefügt.

9.3. Anfragen

9.3.1. Schriftliche Anfrage der CDU-Fraktion; Kulturhaus

Die Anfrage der CDU-Fraktion ist der Niederschrift als Anlage 2 beigefügt.

9.3.2. Schriftliche Anfrage der CDU-Fraktion; Betreuung an den OGS-Grundschulen

Die Anfrage der CDU-Fraktion ist der Niederschrift als Anlage 3 beigefügt.

gez. Dieter Dzewas

Vorsitzender

gez. Kerstin Marré

Schritfführerin